

# EUROPA BRAUCHT EINEN PLAN!

Was unternommen werden muss, um das  
Sterben im Mittelmeer zu stoppen!



Herausgeber:  
 Förderverein PRO ASYL e.V.  
 Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge  
 Moselstr. 4  
 60329 Frankfurt am Main  
 Telefon: 069 / 24 23 14 0  
 Fax: 069 / 24 23 14 72  
 Internet: [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de)  
 E-Mail: [proasyl@proasyl.de](mailto:proasyl@proasyl.de)

Spendenkonto:  
 Bank für Sozialwirtschaft Köln  
 IBAN DE70 3702 0500 5050 5050 50  
 BIC BFSWDE33XXX

Druck:  
 directpunkt GmbH  
 Ausschläger Allee 178  
 20539 Hamburg

Veröffentlicht im September 2019

## STOPPT ENDLICH DAS STERBEN!

»Das Mittelmeer und der Atlantik vor den Kanaren entwickeln sich zu einem Massengrab« – dies ist kein Zitat der aktuellen Nachrichtenlage, so beschrieb PRO ASYL bereits 2008 die humanitäre und menschenrechtliche Katastrophe im Mittelmeer. Damals starteten wir europaweit die Kampagne »Stoppt das Sterben!«

Nach all den Tragödien der letzten Jahre, nach den unzähligen Toten, nach den beschwörenden politischen Reden zur Katastrophe von Lampedusa 2013, nach dem beschämenden Ende der EU-Rettungsinitiative Mare Nostrum, nach dem Abschluss des EU-Türkei-Deals und nach der Entscheidung der EU, mit der »libyschen Küstenwache« – einer maßgeblich von Gewalttätern und Warlords durchsetzten Organisation – zusammenzuarbeiten, wird der menschenrechtliche und humanitäre Niedergang der EU deutlicher als je zuvor. Diesen Weg darf die EU nicht weiter gehen – am Ende zerstört sie damit sich selbst.

Wir appellieren: Umkehren und Retten! Es muss eine neue europäische Initiative zur Rettung von Flüchtlingen und für einen gefahrlosen Zugang in die EU geben. Dazu ist die Europäische Union den schutzsuchenden Menschen gegenüber verpflichtet – und sie schuldet es auch ihren eigenen grundlegenden Werten.

»MENSCHEN AUS SEENOT ZU RETTEN IST KEINE FRAGE FÜR DEBATTEN ODER DIE POLITIK, ES IST EINE VERPFLICHTUNG SEIT MENSCHENGEDENKEN. WIR KÖNNEN DIESE TRAGÖDIE BEENDEN, WENN WIR DEN MUT UND DEN WEITBLICK HABEN, ÜBER DAS NÄCHSTE BOOT HIN-AUSZUBLICKEN.«

(Filippo Grandi, Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen)

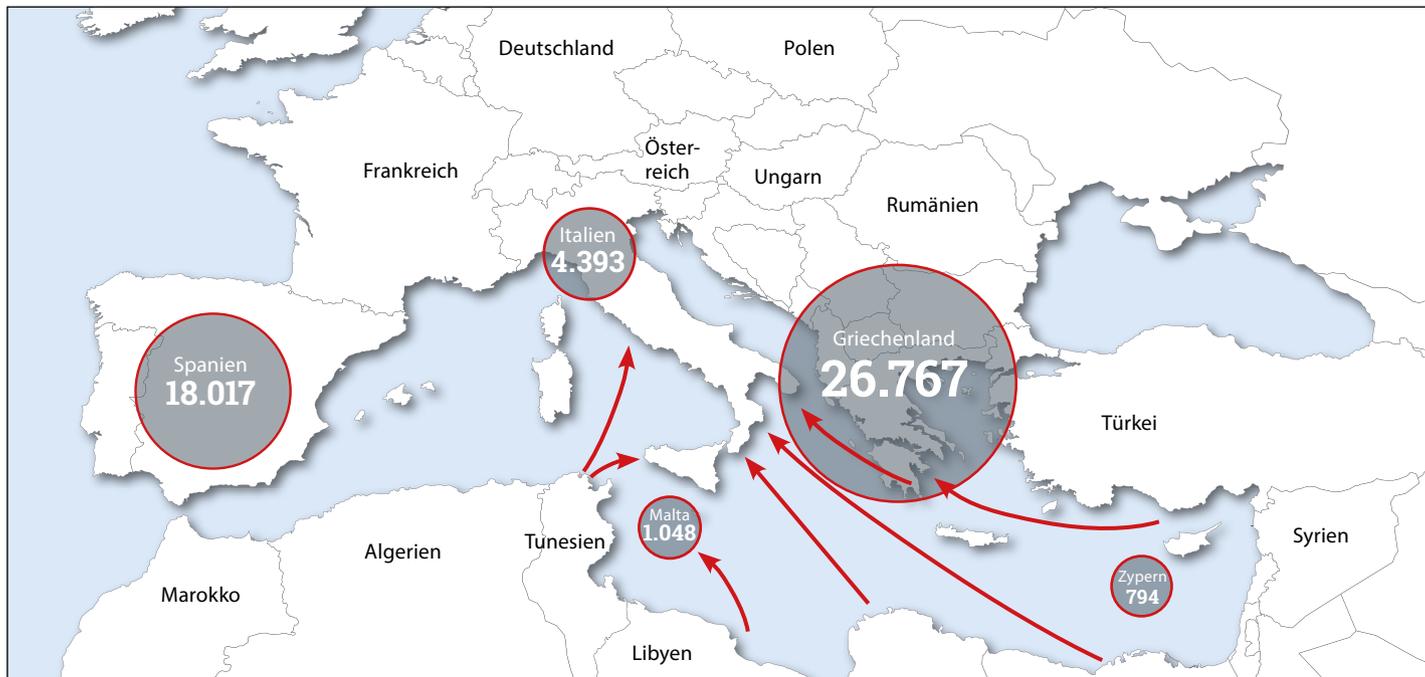
## EUROPA: EINE REICHE REGION VERSAGT

Die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union ist kläglich. Populistische Parolen, Zerstrittenheit und Schuldzuweisungen bis hin zur Tolerierung und Instrumentalisierung rassistischer Einstellungen prägen das Bild.

Zahlen können das Leiden der Bootsflüchtlinge auf dem Mittelmeer nicht erfassen. Aber sie machen deutlich, dass die EU – eine wirtschaftsstarke Staatengemeinschaft mit über 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern – versagt.

Im Mittelmeerraum, der aufgrund vorgeblich sehr hoher Flüchtlingszahlen medial und politisch als europäisches Krisengebiet behandelt wird, schafften es bis Mitte Juli 2019 etwas mehr als 31.000 Bootsflüchtlinge über das Meer, auf dem Landweg kamen knapp 9.000 (Quelle: UNHCR).

Die brutale Abschottung der Grenzen, das Verängstigen, Abdrängen und Abschrecken, das Isolieren in Elendslagern an den EU-Außengrenzen und in den Foltergefängnissen der libyschen Handlanger wirkt: Die Zahl der Ankommenden sinkt, das Leid gerät aus dem Blick.



## WENIGER FLÜCHTLINGE. VIELE TOTE.

**Gesamtankünfte** **Seeweg** nach Italien, Griechenland, Spanien, Zypern und Malta  
**51.019** **40.777**

**Landweg** **Tot oder Vermisst**  
**10.242** **839**

Quelle: UNHCR, August 2019

Vorhergehende Jahre	Ankünfte	Tot/Vermisst
2018	141.472	2.277
2017	185.139	3.139
2016	373.652	5.096
2015	1.032.408	3.771
2014	225.455	3.538

Ankünfte inkl. Seeweg nach Italien, Griechenland, Spanien, Zypern und Malta  
 Quelle: UNHCR, Stand August 2019

## Flüchtlingssituation weltweit

Ende 2018 zählte UNHCR (Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen) über 70 Millionen Flüchtlinge. Mehr als die Hälfte lebte als Binnenvertriebene im Herkunftsland, annähernd 30 Millionen jenseits der Grenzen. 80 Prozent dieser Menschen fanden Aufnahme in Nachbarländern, viele davon in den ärmsten Regionen der Welt. Reichere Länder haben nach UNHCR-Angaben gerade einmal 16 Prozent Geflüchtete aufgenommen.

## MENSCHEN STERBEN. UND DIE EU KOOPERIERT MIT DEN TÄTERN

Das Risiko, auf der Flucht über das zentrale Mittelmeer zu ertrinken, wird größer und größer. 2015 bis 2018 starben dort 12.748 Menschen – dies sind nur die offiziell registrierten Todesfälle. Für dieses massenhafte Sterben ist die Europäische Union verantwortlich.

EU-Mitgliedsstaaten wie Italien verhindern die zivile Seenotrettung und sperren die Häfen. Schiffe müssen wochenlang ausharren bis es ihnen erlaubt wird, Gerettete an Land zu bringen.

Die EU finanziert die »libysche Küstenwache«, rüstet und bildet sie aus. 2017 und 2018 haben diese Warlords und Menschenhändler im Interesse der EU mehr als 30.000 Bootsflüchtlinge auf dem Meer aufgegriffen. Im Rahmen von Patrouillen wird Gewalt gegen Männer, Frauen und Kinder angewendet, Flüchtlinge werden zurück nach Libyen gebracht und dort eingesperrt. Laut UN-Berichten wird in den libyschen Haftlagern erpresst, gefoltert, vergewaltigt und gemordet. Angaben und Schätzungen über die Zahl der inhaftierten Flüchtlinge schwanken stark und sind schwer zu verifizieren – vermutlich sind es Zehntausende.

**Neben Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Folterverbot) verstößt dies zugleich gegen Artikel 33 Absatz 1 der Genfer Flüchtlingskonvention (Non Refoulement). Durch das Delegieren an die »libysche Küstenwache« versucht die Europäische Union, genau diesen Vorwurf zu umgehen. Diese Vorgehensweise ist inakzeptabel: Auch sogenannte »Pull-Backs« – das Abfangen und gewaltsame Zurückbringen von Flüchtlingsbooten nach Libyen durch die »libysche Küstenwache« – verletzen internationales Recht.**



Bild ©: Reuters/ Ismail Zetouni

**Die von Warlords durchgesetzte »libysche Küstenwache« wird von der EU ausgebildet, ausgerüstet und finanziert.**

## »NIEMAND DARF DER FOLTER ODER UNMENSCHLICHER ODER ERNIEDRIGENDER STRAFE ODER BEHANDLUNG UNTERWORFEN WERDEN.«

Europäische Menschenrechtskonvention, Artikel 3

### Drohnen über dem Mittelmeer

Überwachungsdrohnen der EU-Grenzagentur Frontex fliegen über Gewässern vor Libyen. Frontex steht im Verdacht\*, die »libysche Küstenwache« aktiv mit Informationen über die Position von Flüchtlingsbooten zu versorgen, damit sie diese abfangen und nach Libyen zurückbringen können.

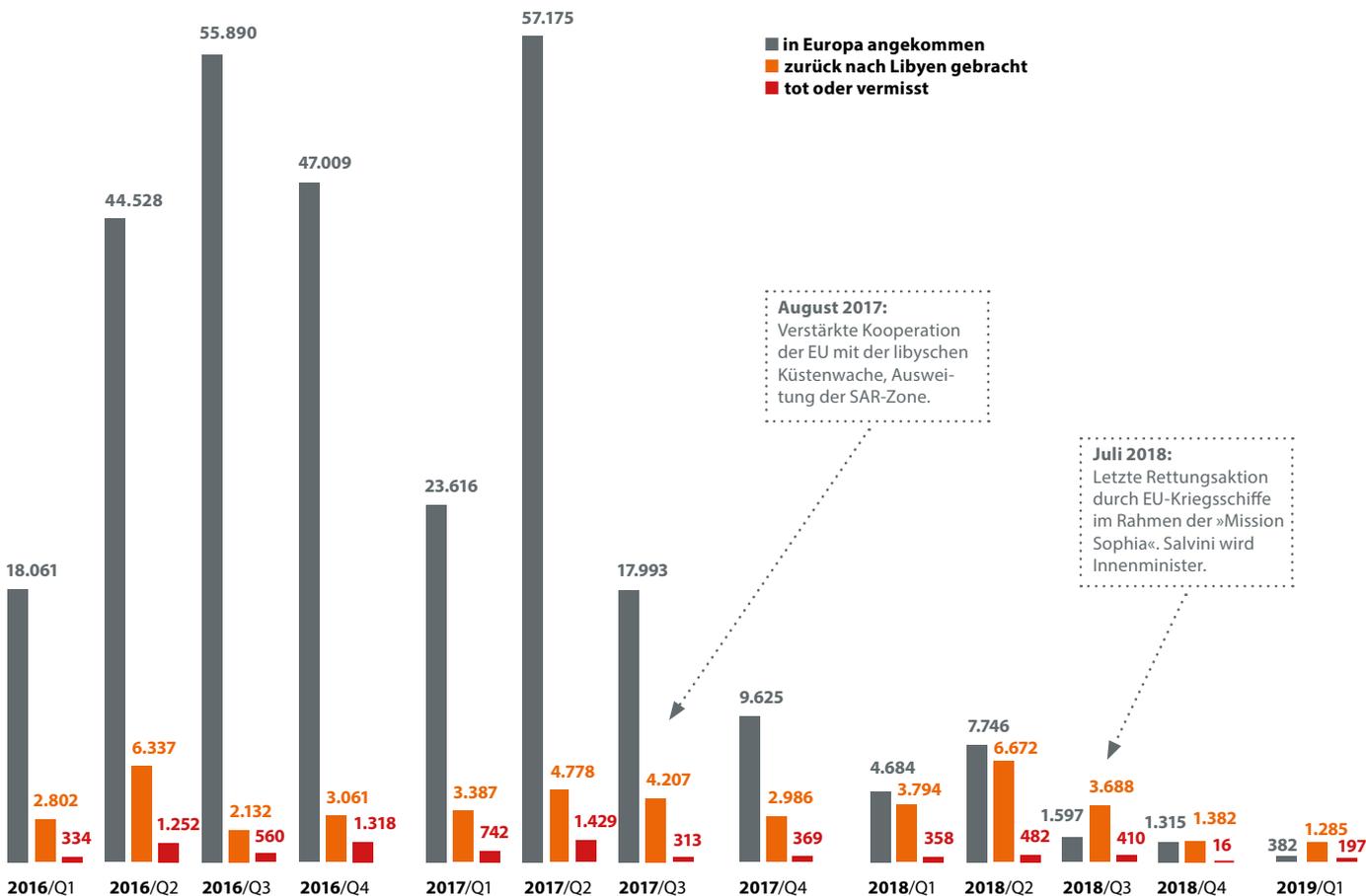
**»EINE FORM DIESER ÄUSSERST SCHWERWIEGENDEN MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN PRIVATEN UND LIBYSCHEN AUFFANGLAGERN IST DER FAKTISCHE VERKAUF VON FLÜCHTLINGEN AUF LIBYSCHEN SKLAVENMÄRKTEN ...«\***

## ITALIEN SPIELT LIBYSCHEN WARLORDS UND MENSCHENHÄNDLERN DIREKT IN DIE HÄNDE

Mit Unterstützung der Europäischen Union übernimmt Italien unter Führung des Innenministers Matteo Salvini eine besonders unrühmliche Rolle. Italienische Einheiten zur Überwachung des Mittelmeerraums helfen libyschen Patrouilleneinheiten beim Orten von Flüchtlingen – vor allem in der libyschen Search and Rescue (SAR)-Zone. Die Verzweifelten landen oft erneut in den Folterlagern, denen sie kurz zuvor entronnen sind.

### Abfahrten von Libyen nach Italien

absolute Zahlen



Quelle: Istituto per gli studi politica internazionale, Milano

## EU-MITGLIEDSLÄNDER IM ZENTRUM VERSCHIEBEN GEZIELT DIE VERANTWORTUNG

Der starke Druck, den die zentral gelegenen EU-Länder durch das systematische Ab- und Zurückschieben von Flüchtlingen an die Außengrenzen der EU ausüben, verschärft die Situation unter anderem im Mittelmeerraum. Humanitäre »Gnadenakte« wie die Aufnahme von Bootsflüchtlingen aus einzelnen Rettungsaktionen täuschen über die systematische Verletzung von Menschen- und Flüchtlingsrechten durch die EU hinweg.

# RETTUNGSPLAN FÜR BOOTSFLÜCHTLINGE: WAS SOFORT UNTERNOMMEN WERDEN MUSS, UM DAS STERBEN IM MITTELMEER ZU STOPPEN

Die Europäische Union kann und darf sich ihrer menschen- und völkerrechtlichen Verpflichtung nicht entziehen. Sie baut darauf auf, dass sich Bürgerinnen und Bürger ebenso wie geflüchtete Menschen auf unveräußerliche Rechte berufen können. Dazu zählt das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit ebenso wie das Folter- und das Refoulement-Verbot. Dazu zählt die Pflicht zur Seenotrettung und zur Ausschiffung geretteter Menschen in sichere Häfen. Schutzsuchenden muss in den aufnehmenden Ländern der EU ein ungehinderter Zugang zu einem fairen Asylverfahren inklusive aller Rechtsmittel ermöglicht werden. Um diese Verpflichtungen umzusetzen, muss sich eine Koalition aufnahmebereiter EU-Staaten zusammenfinden, die den Notfallplan für die Aufnahme von Bootsflüchtlings untereinander organisiert. Die einzelnen ineinander greifenden Schritte des Plans:

1. Die Europäische Union muss unverzüglich einen eigenen flächendeckenden Seenotrettungsdienst aufbauen.
2. Die Blockade und Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung muss ein Ende haben.
3. Die Zusammenarbeit mit der »libyschen Küstenwache« und der damit verbundene fortlaufende Völkerrechtsbruch im Mittelmeer muss sofort gestoppt werden. In Libyen fest-sitzende Flüchtlinge müssen umgehend evakuiert und in der EU in Sicherheit gebracht werden.

4. Es dürfen keine Abkommen mit Staaten außerhalb der EU geschlossen werden, um Flüchtlinge dort festzusetzen oder von der EU aus zurückzuschieben. Ausschiffungen in nordafrikanische Häfen darf es nicht geben.
5. Es müssen sichere und legale Fluchtwege nach Europa geschaffen werden (humanitäre Visa, Resettlementprogramme, Familienzusammenführung etc.) – dies gilt auch für die Familienangehörigen von Kriegsflüchtlings.
6. Bootsflüchtlings ist nach der Anlandung in einem sicheren europäischen Hafen eine menschenwürdige Aufnahme und der Zugang zu einem fairen Asylverfahren in einem EU-Mitgliedsstaat zu gewähren. Dies gilt für auch für alle Schutz-suchenden, die auf anderen Wegen Zugang zur Europäischen Union finden.
7. Hotspots und Transitzentren an den Außengrenzen der EU sind Orte der Inhumanität und Rechtlosigkeit, sie müssen geschlossen werden. Die Inhaftierung schutzsuchender Menschen ist sofort zu beenden.
8. Die Verteilung angekommener Flüchtlinge in den kooperierenden EU-Staaten muss einem festgelegten Solidarmechanismus folgen und darf nicht nicht mehr von Fall zu Fall ausgehandelt werden. Schutzsuchenden mit familiären Bindungen wird die Weiterreise zu ihren Angehörigen ermöglicht.
9. Zahlreiche Städte, Regionen und Gemeinden in Deutschland und Europa haben bereits ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert. Für sie muss die Möglichkeit geschaffen werden, Bootsflüchtlings im Rahmen eines Relocation-Programms aufzunehmen.

 [facebook.com/proasyl](https://facebook.com/proasyl)

 [twitter.com/proasyl](https://twitter.com/proasyl)

 [instagram.com/proasyl](https://instagram.com/proasyl)

**PRO ASYL**  
DER EINZELFALL ZÄHLT.